

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Haushaltsdebatte 09/12/2025: Lydia Klinkenberg

Lassen Sie mich mit einer Metapher beginnen: Haushaltsdisziplin ist wie ein Schachspiel.

Schach ist weit mehr als ein zeitloser Klassiker, ein Gesellschaftsspiel, das nicht nur in den kalten Wintermonaten Spannung erzeugt und für Schwarz-Weiss-Denken sorgt.

Schwarz-Weiss-Denken, wie wir es gerade wieder einmal erlebt haben.

Schach basiert auf strategischem Denken, erfordert Kreativität und Geduld. So auch eine nachhaltige Haushaltspolitik. Die von uns angestrebte schwarze Null des Haushalts – mit unseren Einnahmen auszukommen – ist wiederum wie der König im Schach: Ohne ihn geht gar nichts! Investitionen ohne solide Finanzierung, das ist wie Schach ohne Königsfigur: Es mag spektakulär aussehen bis man merkt, dass man längst verloren hat. Von Handlungsspielräumen und neuen Zügen mit Turm, Läufer oder Dame kann dann keine Rede sein. Denn dann ist das Spiel vorbei.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ein gesunder Haushalt ist kein Glücksspiel: Er erfordert Verantwortung, Planung, Steuerung, Priorisierung, nachhaltige Investitionen für kommende Generationen und neue Handlungsmöglichkeiten, um Projekte gezielt und nach Bedarf voranzutreiben – immer mit Blick auf die schwarze Null als Sicherheitslinie.

Und ja: Sparen an der falschen Stelle gefährdet Grundbedürfnisse und das gesellschaftliche Zusammenleben. Deshalb gilt es, jeden Zug mit Bedacht zu setzen. Und eben das haben wir getan! Wir haben den gesamten Haushalt nach den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit durchforstet. Diese Regierung hat keine einzige Sparmaßnahme leichtfertig getroffen. Alle waren wohl überlegt, aber leider unumgänglich. Glauben Sie mir, auch ich bedauere das!

Ja, wir verzichten bewusst auf Erhöhungen, Frau Colling! Nicht weil es populär ist – Herr Servaty bezichtigt die Regierung ja sogar des Diebstahls. Ob dieser Vorwurf angemessen ist, lasse ich mal im Raum stehen.

Wir verzichten auf Erhöhungen, nicht weil es uns so viel Spaß macht zu sparen, sondern weil es der einzige Weg ist, und das möchte ich klar und deutlich sagen, Personalentlassungen und den Wegfall wichtiger Dienstleistungen zu vermeiden und Bedarfe im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten zu erfüllen. Und das ist kein Drohszenario: Richten Sie doch bitte nur mal ihren Blick in unsere

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

französischsprachigen Nachbargemeinden, wo ganz konkret tausende Kinderbetreuungsplätze aufgrund der Sparmaßnahmen der Regierung in Gefahr sind. Denn – wie Frau Jadin es sagte – “auch Sozialpolitik muss nachhaltig finanzierbar sein.”

Während Vivant glaubt, wir würden vor Schulden bald ersticken, fehlen Herrn Servaty die sozialen Ausgleichsmaßnahmen. Wir sollen also einerseits sparen und andererseits ausgleichen. Na, das würde ich aber gerne mal sehen, wie sie glauben, dass die SP das hinbekommen hätte, ohne wichtige Dienstleistungen in der DG in Frage stellen zu müssen. Die CSC glaubt zwar, der Ministerpräsident habe Geld im Tresor gehortet. Ich kann Ihnen aber garantieren: Diesen Tresor gibt es nicht!

Die Familienleistungen würden bis 2029 um weitere 10 Millionen Euro ansteigen. Außerdem wird die Anzahl Personen mit Anrecht auf erhöhtes Kindergeld mit der Reform des Arbeitslosengeldes steigen. Das kann sich die Deutschsprachige Gemeinschaft derzeit einfach nicht leisten. Deshalb sind finanzpolitische Maßnahmen dringend notwendig, ohne dabei die Familien einer nicht zumutbaren Belastung auszusetzen.

Gerne hätte ich darauf verzichtet, keine Erhöhungen beim Pflege- oder Kindergeld vorzusehen. Nicht “um Standortnachteile über die Familienzulagen auszugleichen”, wie Herr Balter es gestern nannte (dafür haben wir andere Instrumente wie beispielsweise eine der höchsten Kinderbetreuungsquoten europaweit, ein sehr konkreter weicher Standortvorteil im Kampf gegen den Fachkräftemangel und ein zentraler Pfeiler unserer Familienpolitik). Sondern weil Kindergeld ein familienförderndes Instrument ist. Sie haben mich übrigens falsch zitiert, Herr Servaty und Herr Klinkenberg. Ich habe am 21. November auf der CSC-Kundgebung nicht gesagt, dass wir die Nicht-Indexierung des Kindergelds auf jeden Fall zurückgeben werden. Ich habe gesagt, „Wenn die haushaltspolitische Situation es zulässt, werden wir das Geld zurückgeben. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir es aber nicht in Aussicht stellen“. Dieses Zitat können Sie auch in der Presse nachlesen, Herr Klinkenberg. Von Zurückrudern kann hier also keine Rede sein. Um gerade einkommensschwächere Familien und solche mit größeren Belastungen besonders zu unterstützen, haben wir erst im letzten Jahr, wie Sie wissen, alle Zuschläge zum Kindergeld um 3 Euro monatlich erhöht.

Ich sage es immer wieder: Trotz Sparmaßnahmen verfügen wir nach wie vor über das sozial gerechteste Kindergeldsystem in Belgien. Und das soll selbstverständlich auch so bleiben!

Wie Sie wissen, Frau Stiel, Herr Klinkenberg, wollen wir den Jahreszuschlag zum Kindergeld in diesem Jahr noch ein letztes Mal auszahlen. Der Presse können Sie

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

entnehmen, dass sich auch Flandern für eben diesen Weg entschieden hat. Die Regierung ist weiterhin der festen Überzeugung, dass dieses Geld sehr viel nachhaltiger wirkt, wenn es direkt in die Bildungsgerechtigkeit in unseren Schulen fließt, zumal wir in den letzten Jahren sehr Vieles getan wurde, um die Eltern finanziell zu entlasten. Minister Franssen und ich werden Ihnen in Kürze einen Vorschlag unterbreiten. Bei der Streichung des Jahreszuschlags handelt es sich also keineswegs um eine Sparmaßnahme.

Zum NKS: Auch dort steht eine Gewerkschaftskundgebung am morgigen Mittwoch an. Um es deutlich zu sagen: Die Regierung ist sich der Bedeutung des nicht kommerziellen Sektors sehr bewusst und sieht auch die Notwendigkeit, den Sektor zu unterstützen. Auch stehen wir selbstverständlich in Kontakt mit dem NKS, Frau Colling! Wir treffen Anikos regelmäßig. Der WSR hat erst kürzlich den Sozialdialog mit der Regierung als "auf Augenhöhe" gelobt. Hinzu kommen meine bilateralen Gespräche mit den Einrichtungen. Es wird nicht gestreikt, weil unsere Gesprächsbereitschaft fehlt, sondern weil wir nicht alle Forderungen erfüllen können, aber wir tun, was uns möglich ist und was wir können.

Deshalb hat die Regierung erst kürzlich beschlossen, die Sonderzuschüsse für den soziokulturellen Sektor für die kommenden Jahre strukturell abzusichern. Dies soll in den nächsten Monaten per Dekret geschehen. In meinen Zuständigkeitsbereichen bedeutet das, dass für die Sozialökonomie 68.000 Euro, für den Bereich Senioren 11.000 Euro und für den Bereich Soziales 45.000 Euro vorgesehen wurden - strukturell und rekurrent! Die strukturelle Absicherung der Sonderzuschüsse für den nicht kommerziellen Sektor ist in diesem Zusammenhang als Zeichen zu verstehen, dass die Regierung durchaus gewillt ist, den Sektor im Rahmen der verfügbaren Mittel zu unterstützen. Zudem haben wir uns aufgrund der Bedeutung des NKS und seiner vielfältigen Dienstleistungen dafür entschieden, keine Sparmaßnahmen im NKS anzuwenden. Das war alles andere als einfach und ist als Errungenschaft als solches zu sehen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat zudem in den vergangenen Jahren sehr viele Zugeständnisse gemacht, um den nicht-kommerziellen Sektor zu unterstützen. Diese Zugeständnisse sind mit bedeutenden Mehrkosten verbunden. Allein die 2022 beschlossene pauschale 2-prozentige Erhöhung der Zuschüsse des nicht-kommerziellen Sektors führt zu 3 Millionen Euro Mehrkosten jährlich. Erwähnenswert sind außerdem die Maßnahmen zur Aufwertung des Sektors, wie z.B. die Erhöhung der Gehälter der Pflegekräfte in den WPZS und die Einführung und Finanzierung von über 50 Alltagsbegleitern. Hinzu zählen muss man beispielsweise:

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

1. die Aufwertung der Finanzierung der WPZS und Gleichbehandlung privater und öffentlich finanzierter WPZS und die dadurch entstandene Planungssicherheit für die Häuser sowie die 700.000 Euro, die wir in die Hand nehmen, um die Wohn- und Pflegezentren digital auf den allerneuesten Stand zu bringen. Herr Laschet sprach es bereits an;

die Aufwertung und den Ausbau der häuslichen Hilfe und der Seniorendorfhäuser, für die wir rekurrent 400.000 Euro vorgesehen haben. An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, der SAFPA für die konstruktive Übergabe an SOS Hilfe zu danken, so dass für Personal und Nutznießer die häusliche Hilfe weitergehen kann wie bisher. Mein Dank gilt daher auch dem Geschäftsführer und dem Verwaltungsrat von SOS Hilfe.

Die Pflegegeldreform ist übrigens in vollem Gange. Mehr dazu zu einem späteren Zeitpunkt. Mit der Meinung, dass am Pflegegeld nichts verändert werden sollte, steht die SP, Herr Klinkenberg, ziemlich alleine da. Das nehme ich zur Kenntnis.

2. das zusätzliche Personal für Info Integration und die Schaffung weiterer Kurse im Rahmen des Integrationsparcours, um dem Bedarf nachzukommen. Frau Stiel, was ich von Ihrem Integrationsbashing halte, werde ich an dieser Stelle nicht kommentieren. Ich habe allerdings eine sehr klare Meinung dazu;
3. die massive Aufwertung der Finanzierung des Zentrums Mosaik zum Ende der letzten Legislatur um 350.000 Euro trotz Reduzierung der Anzahl Plätze die zusätzlichen 40.000 Euro im nächsten Jahr und allen folgenden für das Projekt Reset des ÖSHZ St. Vith, mit dem eine wichtige Lücke in der Unterbringung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in schwierigen Lebenssituationen geschlossen wird, eben um dem Bedarf gerecht zu werden und erhebliche Folgekosten zu vermeiden. Herr Grommes sagte es bereits;
4. die Schaffung zusätzlicher Stellen für die Wohnheime und Tagesstätten und die Beibehaltung der effektiven Personalbezuschussung für Einrichtungen von Menschen mit einer Beeinträchtigung (Drittzahlersystem + Hof Peters). Im nächsten Jahr haben wir Mittel vorgesehen für zwei zusätzliche Vollzeitäquivalente für die Wohngruppe an der BS in St. Vith und 2 weitere Vollzeitäquivalente für die Tagesstätten Meyerode, Tuavia und Hergenrath, damit zusätzliche Menschen mit Beeinträchtigung aufgenommen werden können. Tatsache ist aber auch, dass ich in einem Jahr nicht aufholen kann,

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

was in den letzten 10 Jahren versäumt wurde, Herr Klinkenberg;

5. die lange geforderte Einführung des Vollstatuts für die Tagesmütter, außerdem von Vollzeitverträgen in der außerschulischen Betreuung und die Aufwertung des Personals des RZKB durch die Gründung des ZKB, was die DG in der Kinderbetreuung zum attraktivsten Arbeitgeber ganz Belgien gemacht hat. Seit 2019 haben sich die Mittel für die Kinderbetreuung vervierfacht. Das ist korrekt, Frau Stiel. Und die Reform macht sich bezahlt, denn wir kommen unserem Ziel der 100%igen Abdeckung des Bedarfs immer näher – sowohl in der außerschulischen Betreuung als auch in der Ferien- und Kleinkindbetreuung. Den anderen Teilstaaten sind wir damit weit voraus. Ca. 250 Personen arbeiten mittlerweile tagtäglich zum Wohl unserer Familien in der ostbelgischen Kinderbetreuungslandschaft. Nicht umsonst fließen 90 Prozent der Dotation des ZKB in Personalkosten. Hinzu kommen neue innovative Projekte in der Kinderbetreuung wie beispielsweise die neue Struktur im dezentral gelegenen Manderfeld - in direkter guter Zusammenarbeit mit der Gemeinde Büllingen. Herr Teller, Herr Löfgen und Frau Stiel haben das Projekt bereits angesprochen.

Ich kann Ihnen jedenfalls garantieren: Weder fehlt es uns an Vision oder Strategie, Herr Klinkenberg, noch an wirksamer Steuerung oder langfristiger Finanzierung in der Kinderbetreuung.

Zur Elternbeteiligung: Wir müssen sicherlich an der ein oder anderen Stelle nachbessern, aber die Reform der Elternbeteiligung in der Kinderbetreuung hat sich in den beiden vergangenen Jahren als überaus sozial gerecht erwiesen. An diesem Prinzip wollen wir daher festhalten!

Auch wenn ich den Vorschlägen der verschiedenen bezuschussten Träger nicht vorgreifen möchte, die mir gerade vorgelegt wurden, ist mir daran gelegen, dass Kinderbetreuung bezahlbar bleibt und moderate, verkraftbare Anpassungen für die Eltern erfolgen.

Wie in allen anderen Regionen des Landes und sogar europaweit ist auch in Ostbelgien ein wachsender Druck auf den Wohnungsmarkt festzustellen.

Die Regierung nimmt diese Entwicklung sehr ernst. Werte Kolleginnen und Kollegen, daher haben wir, wie Sie wissen, der ÖWOB 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt -

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

einerseits für die energetische Sanierung ihres Wohnungsparks und andererseits den Neubau von Wohnungen. Außerdem haben wir bereits weitere 37 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

Wir arbeiten zurzeit – gemeinsam mit der ÖWOB – an der Umsetzung des Dekrets und dem Inkrafttreten der Ausführungserlasse. Wir haben zum 1. September 2025 bereits den größten Teil des Wohnungsbaudekretes in Kraft treten lassen. Die verbleibenden Artikel brauchen jedoch im Interesse der Mieter noch etwas Zeit und müssen zudem auf die neue ÖWOB-Software abgestimmt werden. Denn unausgereifte Reformen entsprechen nicht meiner Art, Politik zu machen, Herr Klinkenberg!

Das Ziel der Regierung bleibt klar: möglichst vielen Menschen in Ostbelgien Zugang zu leistbarem Wohnraum zu verschaffen. Der Weg dorthin führt vor allem über nachhaltige Investitionen in Neubau, Sanierung, Energieeffizienz und innovative Modelle, die langfristig wirken.

Ist das Grundbedürfnis des Wohnens erfüllt, dann ist oft der nächste Schritt die Suche nach einer Arbeit.

Die Arbeitslosengeldreform stellt unsere ÖSHZ vor große Herausforderungen – personell und trotz Kompensationszahlungen auch finanziell. Erst kürzlich konnten wir der Presse entnehmen, dass auch im Inland die ÖSHZ vor einer Finanzierungslücke warnen.

Daher bin ich sehr froh, dass uns unsere neun ostbelgischen ÖSHZ bestätigt haben, dass sie gewillt sind, gemeinsam mit dem Arbeitsamt und der Regierung die Herausforderungen der föderalen Arbeitsmarktreform und des Vermittlungsdekretes mit konstruktiver Haltung und zielführendem Handeln zu meistern. Es gibt nach wie vor eine Reihe von offenen Fragen, Frau Colling – auch für uns als Regierung, auf die wir in Brüssel immer wieder hinweisen. Zudem haben die ÖSHZ den Wunsch geäußert nach erneutem Austausch in größerer Runde – über die Arbeitsebene hinaus – und in Anwesenheit der beiden zuständigen Minister, dem Kollegen Franssen und mir selbst, dem wir selbstverständlich gerne nachgekommen sind. Dieser Austausch findet bereits am kommenden 15. Dezember statt und wird, so hoffe ich, in den wichtigsten Fragen Klärung herbeiführen, damit unsere ÖSHZ – vor allem die größeren unter ihnen – bestmöglich für die kommenden Monate und die verschiedenen Wellen der Abgänger des Arbeitslosengelds gewappnet sind.

Letztendlich soll die Arbeitslosengeldreform Arbeit wieder attraktiver machen, ist aber auch ein Mittel des Föderalstaates, die Schulden unseres Landes zu begrenzen. Gleichzeitig werden mit diesen Maßnahmen die kommunalen Kassen zusätzlich

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

belastet. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist Empfänger der Reform. Es erklärt sich also von selbst, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht in der Lage ist, die Sparmaßnahmen des Föderalstaates zu kompensieren. Auch das habe ich hier schon mehrfach gesagt. Wer das glaubt, gibt sich der Utopie hin, Herr Klinkenberg. Ich werde an dieser Stelle nicht die vielen weiteren Reformen mit direkten Auswirkungen auf den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft nennen oder die Mehrbelastung der ÖSHZ durch den Wegfall weiterer föderaler Töpfe. Nichtsdestotrotz werden wir unsere ÖSHZ im Rahmen unserer Möglichkeit unterstützen und ihnen zur Seite stehen. Mehr dazu mit Sicherheit morgen von meinem Kollegen Franssen.

Dem Roten Kreuz haben wir im gleichen Kontext zusätzliche 10.000 Euro für die Lebensmittelhilfe zugestanden.

In der Sozialwirtschaft sind wir durch das neue Dekret ebenfalls gut aufgestellt. Die Sozialbetriebe können von der Förderung innovativer Projekte und der Bezuschussung von zusätzlichem Betreuungspersonal profitieren.

Da Sprache die Türen zu unserem Arbeitsmarkt öffnet, haben wir als Regierung zusätzliche Kurse im Süden im Rahmen des Integrationsparcours vorgesehen und auch die B1-Kurse im Süden werden ausgebaut.

Den sozialen Treffpunkten kommt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Bedeutung zu. Sie bieten heute schon Konversationskurse für Menschen mit Migrationshintergrund an, die wir weiter ausbauen möchten. Durch die Schaffung der Möglichkeit des Ausbaus der Aktivitäten der beiden Eupener sozialen Treffpunkte und der möglichen Zusammenarbeit von kleineren Gemeinden zur Schaffung eines sozialen Treffpunkts durch das vorliegende Programmdekret bieten sich hier ganz neue Chancen. Aber Frau Stiel, 300.000 Euro zusätzlich nehmen wir dafür nicht in die Hand. Woher Sie diese Zahl nehmen, weiß ich nicht. Sie stimmt jedenfalls nicht.

Ich kann Sie also beruhigen. All das zeigt auf: Sozialer Stillstand oder gar Rückschritt ist nicht zu befürchten. Die Regierung hält – trotz Sparzeiten – an ihren Prioritäten fest und treibt diese aktiv voran.

Vor einer der größten Herausforderungen – der größten und sensibelsten in dieser Legislaturperiode – stehen wir in der Gesundheitsversorgung; Herr Simar, Herr Löfgen, Herr Teller, Herr Grommes und Herr Laschet haben es bereits deutlich gemacht: Unsere Bevölkerung altert, die Anzahl chronisch Kranker nimmt zu, während der Fachkräftemangel immer deutlicher wird, der Druck auf das Gesundheitssystem steigt und die Föderalregierung hat bereits eine klare Vorstellung der Zukunft der Krankenhauslandschaft. In diesen Zeiten gilt es mehr

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

denn je, dass wir uns alle gemeinsam über das Netzwerk MOVE hinaus in Brüssel aber auch bei unseren französischsprachigen Nachbarn stark machen für die Absicherung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache und die Absicherung unserer beiden Krankenhausstandorte. So arbeiten wir sehr eng mit unseren Krankenhäusern zusammen, investieren - das haben die Krankenhäuser erst letzte Woche im Ausschuss bestätigt - massiv in ihre digitale Ausstattung und haben bereits 150 Millionen Euro in Aussicht gestellt für notwendige Investitionen in zukunftsfähige Infrastrukturen und Ausstattung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schach steht für Besonnenheit, Strategie und überlegte Züge. Dieser Haushalt folgt eben diesem Prinzip. Daher bitte ich Sie, sich kurz vor Weihnachten noch einmal für eben diese Werte stark zu machen und dem Haushalt ihre Zustimmung zu geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!